



Rede von
Guido van den Berg MdL

zu:

**Doppelbelastung für Bürger und Industrie
in Nordrhein-Westfalen verhindern –
differenzierte Stromnetzentgelte auf der
Übertragungsebene erhalten**

**Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13026 – Neudruck**

**am Freitag, 07. Oktober 2016
im Landtag von Nordrhein-Westfalen
in Düsseldorf
(Plenarprotokoll 16/125)**

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Brockes. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege van den Berg das Wort.

Guido van den Berg (SPD): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja – es ist gesagt worden –, wir müssen bei der Energiewende die Kosten im Blick behalten. Deswegen ist eine EEG Reform angepackt worden, die das alte Prinzip „Produce and forget“ der Vergangenheit angehören lassen will.

Es kann nicht sein, dass erneuerbare Energien 1 bis 1,5 Milliarden € an produziertem Strom erwirtschaften, aber letztlich mit 22 Milliarden € vergütet werden und Kapitalversprechen in einer Größenordnung von 480 Milliarden € für die Zukunft an Anleger getätigt werden. Vielmehr muss der Weg über Ausschreibungen und durch ein effizienteres und marktwirtschaftliches System erfolgen.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass wir dies auch bei den Netzen einfordern, meine Damen und Herren. Irgendetwas zu bestellen, aber am Ende nicht selbst bezahlen zu wollen, ist an dieser Stelle genauso falsch. Wir sagen deswegen klar, dass wir gegen einheitliche Netzentgelte sind.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

Netzbetreiberunternehmen mit schlechten Kostenstrukturen wie TenneT und 50Hertz wollen jetzt ihre Nachteile schlicht und einfach der Allgemeinheit aufbürden. Die abenteuerliche Begründung dabei ist, die Lasten der Energiewende müssten in Deutschland gleichmäßig verteilt werden. Ich persönlich finde das zynisch; denn genauso könnte man argumentieren, man müsse die Gewinne gleichmäßig über das Land verteilen. Das tun die Unternehmen natürlich mitnichten. Wenn wir dies zulassen würden, würden wir am Ende den Wettbewerb im Energiemarkt völlig beerdigen und in eine Kolchosenwirtschaft, bei der Effizienz und Kosten überhaupt keine Rolle mehr spielen, abstürzen.

(Heiterkeit von Frank Sundermann [SPD])

Der effiziente Betrieb von Netzen muss weiterhin belohnt werden. Auch dürfen Unternehmen, die in den letzten Jahren deutlich mehr in ihre Netze investiert haben, nicht nachträglich bestraft werden. Das ist zum Beispiel bei Amprion der Fall. Sie haben investiert. Wir dürfen nicht denjenigen, die nicht investiert haben, im Nachhinein ihre Investitionen durch eine allgemeine Umlage abnehmen. Diejenigen, die deutlich weniger investiert haben, rufen nach dem Staat. Über den elektronischen Bundesanzeiger kann mehr sehr effizient verfolgt werden, wer was geleistet hat. Amprion hat von 2009 bis 2015 rund doppelt so viel in sein Netz investiert wie TenneT und 50Hertz zusammen. Die Kunden von Amprion bei uns in Nordrhein-Westfalen bezahlen diese Investitionen längst über ihre Gebühren.

Die, die nicht investiert haben, wollen die Investitionskosten jetzt allen Stromkunden aufbürden. So funktioniert Marktwirtschaft nicht. Erneuerbare sind längst kein armes kleines Kind mehr, das nur gehätschelt und gepflegt werden muss. Sie sind zum größten Player im Energiemarkt aufgestiegen. Die Kapitalinteressen, die dahinterstehen, nehmen gerne staatlich gesicherte Kapitalrenditen von 6 bis 8 % mit – auch, weil es sie sonst nirgendwo gibt. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass man hier nun versucht, die staatlich garantierten Gewinne einzustreichen, aber damit

verbundene Kosten der Allgemeinheit noch weiter aufzubürden. Zum unternehmerischen Handeln gehört es, dass man Gewinne machen darf und machen soll. Ich sage der CDU an dieser Stelle: Da ist Schwarz auch richtig und gut. Sie müssen schwarze Zahlen schreiben.

(Heiterkeit von Josef Hovenjürgen [CDU])

Zum unternehmerischen Handeln gehört aber auch, dass man für die Kosten seines Tuns Verantwortung trägt, meine Damen und Herren. Effizienz muss belohnt werden. Ich sage deutlich: Nicht kostenbewusstes Verhalten muss auch bestraft werden. Vor diesen Hintergründen stimmen wir inhaltlich folglich mit vielem von dem überein, was Sie gesagt haben. Wir müssen allen Versuchen entgegentreten, unter dem Deckmantel der Energiewende Kosten und fehlende Investitionen einzelner Wettbewerber jetzt auf die Allgemeinheit zu schieben.

Aber ich sage an dieser Stelle auch klar: es Antrags Drucksache 16/13026 und einer spezifischen Aufforderung bedurfte es nicht,

(Dietmar Brockes [FDP]: Oh!)

da die Landesregierung längst in diesem Sinne tätig ist und wird. Wir stimmen daher gegen diese Drucksache. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

– Dietmar Brockes [FDP]: Wir sind dafür, stimmen aber dagegen?

Na so was! – Gegenruf von Josef Hovenjürgen [CDU]: Genau!

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr van den Berg. – Nun spricht für die grüne Fraktion Frau Brems.